

Zusammenfassung der Vorbereitungsgespräche und der Ergebnisse der Veranstaltung vom 22. Mai 2015 zum Thema Flucht und Migration – Endstation an der EU Außengrenze

Ausgangslage

Flucht und Migration werden im Alltagsgebrauch oft als Synonym verwendet, obwohl sie unterschiedliche Ursachen haben und mit gänzlich anderen rechtlichen Konsequenzen und Zuständigkeiten verknüpft sind.

In der öffentlichen Diskussion sind beide Begriffe mit Angst vor dem Fremden verbunden und damit auch stark anfällig für populistische Lösungsvorschläge und ein gefährlicher Nährboden für Fremdenhass. Natürlich gibt es Überschneidungen. Doch ist für Flucht - und das damit verbundene Menschenrecht auf Asyl – die Bedrohung vor Folter und Tod aufgrund von politischer, religiöser und sozialer Verfolgung im Herkunftsland maßgeblich, während bei der Migration die Hoffnung auf ein besseres Leben im Zielland im Vordergrund steht.

Migration wird aus vielfältigen Gründen weltweit massiv gesteuert (Nachfrage nach billigen Arbeitskräften, Facharbeitermangel, erwünschte Zuwanderung aus demografischen Gründen etc.). Flucht ist in der Regel kein Akt der freien Entscheidung, sondern ein zwingender Schritt zur Rettung des eigenen Lebens (siehe die Situation in Syrien). Daher ist aufgrund der Menschenrechtskonvention diesen Flüchtlingen Asyl zu gewähren, unabhängig von der ökonomischen Situation im Aufnahmeland.

Flucht und das damit verbundene Recht auf Asyl ist ein Ergebnis der schrecklichen historischen Erfahrungen die in Europa mit Verfolgung vor allem während der Nazidiktatur gemacht wurden. Das UNHCR nahm 1951 seine

Arbeit auf. Flucht und Asylgründe sind in jedem Einzelfall zu prüfen und dann muss gegebenenfalls persönlicher Schutz/Asyl gewährt werden.

Ein/e Migrant/in ist aufgrund der herrschenden Rechtslage an der Grenze anders zu behandeln: Sie können, falls sie kein Visum haben, im Gegensatz zu Asylwerber/innen ohne Bedenken an der Einreise gehindert werden.

Die Grenze entscheidet über Leben und Tod

Für Flüchtlinge und Migrant/innen hat die Grenz- und Asylpolitik der EU schicksalhafte Bedeutung: sie entscheidet über Leben und Tod.

Die Festung Europa zerstört mit ihrer Abschottungspolitik tendenziell das Menschenrecht auf Asyl.

Flucht und Migration sind integrale Bestandteile der Weltgeschichte. Begriffe wie Vertreibung, Diaspora, Völkerwanderung, Auswanderung, WanderarbeiterInnen beschreiben diese Situation. Daran können auch die Grenzzäune, die überall errichtet werden nichts ändern.

Fragen die zu klären sind:

- Zahlenmäßige Dimension der Flucht und Migrationsströme
- Hauptpfeiler des europäischen Grenzregimes
- Wer gilt als Migrant/in wer als Asylant/in – welche rechtlichen Konsequenzen hat die Unterscheidung für die Betroffenen
- Was hat sich in den letzten Jahren verändert, was ist für die Zukunft zu erwarten
- Was sind sichere Herkunftsländer
- Welche Rolle spielt die europäische Grenzschutzorganisation „FRONTEX“ bez. das Spezialprogramm „TRITON“
- Wie können sichere Flucht- und Migrationswege geschaffen werden (Fluchtkorridore etc.)
- Welchen Einfluss kann Österreich dabei nehmen
- Wie können menschenrechtskonforme Empfangsstrukturen für Asylwerber/innen aussehen

Die Betroffenheit über das massenhafte Sterben an den EU-Außengrenzen – insbesondere im Mittelmeer – ist noch vorhanden. Die Frage ist: wie lange wird es diesmal dauern, bis wir moralisch und politisch zu „business as usual“ zurückkehren. Bis wir wieder das Unfassbare ganz normal finden.

Oder gelingt es diesmal eine Lösung zu entwickeln, die mit den Grundsätzen des Humanismus und den Menschenrechten in Einklang zu bringen ist?

Oder greifen die PolitikerInnen zu militärischen Mitteln, womit jede humanitäre Lösung auf der Strecke bleiben muss.

Was sind die Hauptpfeiler der europäischen Grenzsicherung und der europäischen Asylpolitik?

Diese und andere Fragen werden mit ExpertInnen und dem Publikum diskutiert.

Warum wir diese Diskussion führen

- Das unerträgliche Sterben an der EU-Außengrenze muss beendet werden: Seit dem Jahr 2000 sind über 30.000 Tote zu beklagen
- Das Sterben an der EU- Außengrenze darf niemanden kalt lassen.
- Kurzzeitige Betroffenheit der PolitikerInnen nach dem Massensterben ist zu wenig. Lippenbekenntnisse reichen nicht aus.
- Die heuchlerische Ablenkung nach dem Motto „die Schlepper sind Schuld“ ist zynisch.
- Notwendig sind sichere Fluchtkorridore in die EU aus den Konflikt- und Krisengebieten.
- Die Lösung des Problems liegt daher nicht in der Verstärkung des Grenzschutzes oder gar in militärischen Interventionen sondern im Öffnen der Grenzen und im Aufbau von Willkommensstrukturen in den europäischen Zielländern.
- Wenn Flüchtlingspolitik zur Militärintervention wird, bleibt der Humanismus auf der Strecke.
- Die Festung Europa stellt mit ihrer Abschreckungspolitik das Menschenrecht auf Asyl auf grausame Weise in Frage.
- Die Menschenrechte müssen Grundlage für ein zivilisiertes Zusammenleben werden.

Zur Erinnerung (auszugsweise):

Mai 2011: Vor der libyschen Küste sinkt ein Schiff mit 600 Menschen

Okt. 2013: Vor Lampedusa sterben 366 Menschen

Sept. 2014: mehr als 700 Menschen ertrinken zwischen Malta und Libyen

April 2015: Über 800 Tote vor der libyschen Küste und weitere 400 Tote vor der italienischen Küste

Zwischen Jänner und Mai 2015 starben bereits 2000 Menschen im Mittelmeer

Wir verlangen:

- Sofortige Beendigung der menschenverachtenden und tödlichen Abschreckungspolitik an den EU- Außengrenzen
- Rettungsboote und Sanitätsschiffe statt FRONTEX und TRITON zwecks Aufbau einer umfassenden Seenotrettung
- Ermöglichung von Asylanträgen an europäischen Botschaften außerhalb der EU
- Keine militärischen Interventionen: sie bedeuten nichts anderes als Krieg gegen die Armen und Verfolgten dieser Welt
- Sicherer und freier Fährbetrieb für Flüchtlinge im Mittelmeer
- Massive Resettlementprogramme für vertriebene Menschen
- Weg mit der Dublin – Verordnung: Freie Wahl des Ziellandes für Flüchtlinge
- Wenn wir zuschauen machen wir uns mitschuldig
- Verantwortliche wachrütteln und sie gegebenenfalls wegen unterlassener Hilfeleistung strafrechtlich zur Verantwortung ziehen

Kein Mensch ist illegal – wir können das Sterben an der EU-Außengrenze beenden

Beitrag der Zivilgesellschaft zur Lösung der Flüchtlingsfrage. Was sollen wir unter Zivilcourage verstehen?

Zivilcourage ist eine positive und kämpferische Haltung jenes Teiles der Zivilgesellschaft, der sich für mehr Humanität im Allgemeinen und für das Menschenrecht für Asyl im Besonderen einsetzt.

Die Devise lautet: nicht wehschauen, sondern Eintreten für die Schwächeren und für die Einhaltung der Menschenrechte.

Das bedeutet:

- **Verhindern** (z.B. barbarische Abschiebungen, menschenrechtswidrige Gesetze, Obdachlosigkeit etc.)
- **Verändern** (Machtverhältnisse, xenophobe und paranoide Haltungen etc.)
- **Alternativen aufzeigen** (Nutzung von Privatquartieren, Integration ermöglichen, Empfangsstrukturen aufbauen etc.)

Zivilcourage / Zivilgesellschaft ist die Zwillingschwester der Demokratie. Sie schreit „Alarm“ wenn Menschenrechte missachtet werden oder menschenverachtende Politik gemacht wird. Die Zivilgesellschaft schafft Freiräume für zukünftige Politik, ermöglicht kreative Lösungen und ist insgesamt ein Korrektiv zu einer als inhuman eingeschätzten Politik. Dort wo Zivilcourage / Zivilgesellschaft nicht stark ausgeprägt ist (z.B. derzeit in Ungarn) kann die offizielle Politik leicht Grausamkeiten durchziehen. Zivilcourage ist für eine funktionierende Demokratie genauso wichtig wie die unabhängige Presse / Pressefreiheit. Funktioniert die Zivilgesellschaft nicht hat die Politik keine Kontrolle mehr und leichtes Spiel gegen Menschenrechte zu verstoßen.

Die Zivilgesellschaft übt öffentlichen Druck aus um staatliche Allmacht und Willkür zu verhindern.

Wichtige Abgrenzung: Was Zivilgesellschaft nicht ist

Die Zivilgesellschaft besteht aus vielen PartnerInnen im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung. Deshalb muss die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Aber eben nicht weil die Zivilgesellschaft der Politik die Arbeit abnehmen will, sondern weil sie die Politik erst recht in ihre Verantwortung und Pflicht nimmt.

Einhaltung der Menschenrechte, Aufbau von Empfangsstrukturen, Rechtsberatung, medizinische Versorgung, soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration sind öffentliche Aufgaben die auch öffentlich finanziert werden müssen. Diese Verantwortung an die Zivilgesellschaft delegieren zu wollen wäre falsch und einem Rechtsstaat nicht würdig.

Die Zivilgesellschaft ist nicht dazu da, das Versagen der Politik zu kompensieren sondern um die Politik auf die richtige Spur zu zwingen.

Was falsch läuft muss geändert werden. Dies alles auf der Basis der Menschenrechte, denn sie sind es, die einen zivilisierten Umgang zwischen Völkern, Einzelpersonen und Staaten regeln.

Punkte für die Diskussion

- Polizeiinspektionen nehmen keine Asylanträge mehr an AsylwerberInnen werden nach Registrierung in Traiskirchen auf die Straße gesetzt
- Zutrittsverweigerung für NGOs in Flüchtlingspensionen
- „Bestrafung“ von AsylwerberInnen, die Kritik an der Unterkunft äußern
- Fehlendes Angebot an Deutschkursen
- Aufbau von bürokratischen Hürden für Privatpersonen, die Quartiere zur Verfügung stellen wollen.
- Fehlende Rechtsberatung öffnet willkürlichen Entscheidungen Tür und Tor
- Verantwortung und Arbeit wird auf ehrenamtliche HelferInnen abgeschoben.
- Skandalöse Zustände im Erstaufnahmezentrum Traiskirchen

- Versagen der österreichischen Flüchtlingspolitik (Quotenregelung, Durchgriffsrecht, Verantwortungslosigkeit, fehlender politischer Wille Probleme zu lösen).
- Darf in Zukunft jede/r Flüchtlinge schleppen / schleusen wie die ÖBB
- Was wird unter „schrittweiser Rückkehr zur Normalität“ verstanden? – Militärischer Grenzschutz? Dublin III? Asyl auf /Zeit? Verbot von Integration auf den Arbeitsmarkt? Krieg gegen Flüchtlinge? Sterbenlassen an den EU-Außengrenzen?

Aktuelle Situation

Eines hat sich gezeigt: Die Zivilgesellschaft zeigt Zivilcourage und vertritt weit fortschrittlichere Positionen als die offizielle Politik. Während Politik und Verwaltung versagen beweist die Bevölkerung Solidarität und tatkräftige Unterstützung. Vor allem jetzt bei dieser tatsächlich massenhaften Fluchtbewegung. Das Engagement und die Hilfsbereitschaft sind einzigartig und vorbildhaft, während die Regierung eher rat- und hilflos agiert. (Weiterschleusen nach Deutschland, Obdachlosigkeit in Traiskirchen, fehlende Quartiere etc.). Demgegenüber ist die Zivilgesellschaft wachgeküsst und tritt aus ihrem Dornröschenschlaf.

Aber jetzt beginnen die Mühen der Ebene. Denn mit einer erfolgreichen Flucht nach Österreich sind längst nicht alle Probleme gelöst. Im Gegenteil: viele Probleme fangen erst richtig an.

- Zulassung zum Asylverfahren
- Unterkunft und Verpflegung
- Rechtsberatung
- DolmetscherInnen
- Sprachkurse
- medizinische Versorgung
- Wohnungssuche
- Integration
- Zugang zum Arbeitsmarkt

Zaudern und Zögern helfen in dieser Situation nicht weiter.

Zukunft

Für die Zukunft kündigen die zuständigen EU- PolitikerInnen ein „schrittweises Zurückkehren zur Normalität“ an. Dies ist eine gefährliche Drohung! Kein Staat braucht stolz auf sich zu sein, wenn er als Antwort auf die Flüchtlingsströme die Grenzen schließt und das Militär aufmarschieren lässt. Humanismus und Wahrung der Menschenrechte schauen anders aus.

Eine zukunftsfähige Politik müsste folgende Punkte berücksichtigen:

- Den Flüchtenden eine Perspektive geben
- Die Zivilgesellschaft in ihrer pragmatischen Hilfsbereitschaft unterstützen
- Allen die Angst vor der Zukunft nehmen
- Die Kultur des Teilens pflegen: Reichtum, Einkommen, Arbeitszeit, Ressourcenetc. alles kann geteilt werden!
- Gleiche Chancen für alle schaffen

Solidarität kann nur im praktischen Handeln bewiesen werden. Wenn wir den schutzsuchenden Menschen nicht helfen verletzen wir die Europäische Grundrechtscharta. Wozu hat die EU den Friedensnobelpreis bekommen? Wird dieser dann zurückgegeben werden?

Vor allem: Was wäre die Alternative zur Unterstützung und Aufnahme von Flüchtlingen in Europa? In der Praxis wäre dies das Schließen von Grenzen, Massendepportationen, Militäreinsatz gegen Flüchtlinge, Krieg führen gegen Vertriebene und Arme, Flüchtlingsboote versenken, Zuschauen wie Menschen vor unserer Haustüre ertrinken oder anderswie sterben.

Globale Lösungen

Flucht und Vertreibung sind globale Probleme die eine globale Lösung erfordern. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Ausbeutung der Ressourcen im Rahmen des entfesselten Kapitalismus, das Erbe des europäischen Kolonialismus in den derzeitigen Krisenregionen wird weiter zu massiven Fluchtbewegungen führen. Die Klimaerwärmung und die damit verbundene Überschwemmung von Wohngebieten von vielen Millionen Menschen wird die Problematik verschärfen. Wir stehen erst am Anfang weltweiter Fluchtbewegungen.

Die Flüchtlinge dokumentieren, dass unser kapitalistisches System – Kriege um Ressourcen, Verelendung der Massen, Ungleichheit etc. – zwangsläufig zu Massenwanderungen und Flucht führt und das aktuelle System daher grundfalsch ist. Vor diesem Hintergrund müssen wir Lösungen finden und den Flüchtlingen unsere volle Unterstützung geben.

<p>Zeitenwende in der Asylpolitik - für eine moralisch-kulturelle Revolution</p>

Unwillig, böseartig oder unfähig

Seit Monaten wird mutwillig und böseartig ein „Asylnotstand“ herbeipolitisiert. Dies allerdings ohne Not. Denn tatsächlich stehen viele Kasernen und andere öffentliche Gebäude sowie Privatquartiere leer. Wozu also Zeltlager in brütender Hitze, orkanartigen Überschwemmungen oder bei Kälteeinbrüchen? Die Zunahme von Flüchtlingsströmen zeichnet sich schon seit Jahren ab. Die Kriege in Syrien Afghanistan und anderswo sind seit langem am Eskalieren. Ebenso die katastrophalen Zustände in Somalia und anderen Herkunftsländern von Flüchtlingen. Die zuständige Innenministerin ist offensichtlich gar nicht gewillt oder total unfähig eine humanitäre Lösung zu finden.

Neue Völkerwanderung

Wir stehen am Beginn eines neuen Zeitalters. Die anwachsenden Flüchtlingsströme leiten eine größere Völkerwanderung ein. Sie zeigen erst die Spitze des Eisberges. Die Augen davor zu schließen wäre naiv. Alles deutet darauf hin, dass Kriege und andere Krisenherde zunehmen werden. Es geht um den Kampf um knappe Ressourcen und politische Interessen. Dazu kommen in absehbarer Zeit Millionen von Klimaflüchtlingen, deren Wohngebiete im Meer versinken oder aus anderen klimatischen Gründen unbewohnbar werden. Wir stehen vor einer tiefgreifenden Umwandlung aller gesellschaftlichen Beziehungen.

Flüchtlingsabwehr wird scheitern

Seit Jahrzehnten ist es den reichen Staaten Europas gelungen größere Flüchtlingsströme vom eigenen Territorium fernzuhalten. Der Grenzschutz wurde nach Nordafrika und in den Nahen Osten verlegt. Die Zahl der Flüchtlinge war daher bescheiden und überschaubar. Dies war das Ergebnis des rigorosen Grenzregimes und der damit bezweckten Abschreckungspolitik der Festung Europa. Ähnlich reagieren die USA, Australien und Kanada. Die Hauptlast der weltweiten Flüchtlingsproblematik – derzeit ca. 60 Millionen – hatten und haben die armen Länder in Afrika und Asien zu tragen. Lediglich weniger als 5% der Flüchtlinge finden Zuflucht in den reichen Staaten. Europas noch so hohe Zäune und Mauern werden die Flüchtlinge nicht aufhalten können. Sie werden bis zum Tod kämpfen, weil sie nichts mehr zu verlieren haben.

EU handelt völkerrechtswidrig

Die EU bedient sich einer simplen dafür umso fieseren Methode: Sie lässt einfach die schutzsuchenden Menschen nicht über die Grenz, damit sie in der EU keinen Antrag auf Asyl stellen können. Dies trotz der Verpflichtung das Menschenrecht auf Asyl zu schützen. Man fragt sich : was ist das für ein Recht auf Asyl, wenn es gar nicht beantragt werden kann weil den AsylweberInnen der Zutritt zum Zielland verhindert wird? Wie ernst wird das Menschenrecht auf Asyl genommen, wenn es so konstruiert wird, dass es so gut wie unmöglich für die Schutzsuchenden ist es zu beantragen. Da Ergebnis ist bekannt. Es bleibt nur der Weg in die „Illegalität“ und die

lebensgefährliche Flucht mit Hilfe von Schleppern und anderen Fluchthilfeorganisationen.

Diese Politik ist völkerrechtswidrig. Daher hat auch die EU jedes Recht verwirkt mit erhobenem Zeigefinger von anderen Staaten die Einhaltung der Menschenrechte einzuklagen wenn sie selber alles tut um das Recht auf Asyl zu untergraben. Die Zurückweisungen an der EU – Außengrenze sind eindeutig illegal.

Apokalypse oder Rettung

Waren bis vor wenigen Jahren die Hotspots in Nordafrika, Süditalien und Ostgriechenland, so sind sie jetzt – zusätzlich – auch auf dem Balkan. In Mazedonien wird schon jetzt Militär gegen Schutzsuchende eingesetzt. Bereits morgen kann es überall soweit sein. Die Situation an der Außengrenze hat bereits apokalyptische Ausmaße angenommen. Doch jährlich Tausende ertrunkene, verdurstete und an Erschöpfung gestorbene / getötete Flüchtlinge haben den PolitikerInnen noch nicht die Augen geöffnet. Sie verstärken nur ihre Angst, ihre privilegierten Positionen verlieren zu können: auf Kosten der Schutzsuchenden Flüchtlinge. Doch diese Frage stellt sich nicht mehr, es geht vielmehr um die Entscheidung Barbarei oder Humanismus. Die Angst vor Flucht und Migration hilft niemandem. Wir brauchen eine moralisch kulturelle Revolution als Ausgangspunkt für ein Projekt der Hoffnung für alle Menschen.

Radikaler Neubeginn statt Kosmetik

Es geht daher um eine grundlegende Neuausrichtung der Asylpolitik. Kosmetische Änderungen helfen niemandem. Derzeit pendelt die Asylpolitik zwischen Stümperei, Boshaftigkeit und Ratlosigkeit. Eine umfassende Lösung ist nirgendwo in Sicht. Es geht um globale Solidarität und vor allem um den politischen Willen tatsächlich Hilfe anbieten und dies auch finanzieren zu wollen. Es geht also nicht um 10- oder 15 tausend Plätze mehr. Es geht um einen viel größeren Quantensprung in der Asylpolitik weltweit.

Verantwortung übernehmen

Flucht und erzwungene Migration sind nicht mehr „nur“ Begleiterscheinung einer krisenhaften Entwicklung: Sie sind der zentrale Punkt unserer Geschichte.

Und langsam dämmert die Einsicht hervor, dass durch vorgelagerte außerhalb der EU sich befindenden Flüchtlingscamps und durch verstärkte Flüchtlingsabwehr an den Außengrenzen der EU das Problem nicht gelöst werden kann. Nicht die Flüchtlinge sind das Problem sondern die Politik der Mächtigen die keine ernsthaften Lösungen entwickeln wollen. So bleibt es wieder der Zivilgesellschaft überlassen Humanität und Solidarität zu zeigen. Das Engagement der Zivilgesellschaft darf aber nicht missverstanden werden. Wir nehmen damit der offiziellen Politik nicht die Verantwortung ab, sondern wir zwingen sie Verantwortung für die globale Realisierung des Menschenrechtes auf Asyl zu übernehmen. Wir geben ihnen den Takt vor: Es muss Schluss sein mit den böartigen und zynischen Aktionen wie Zeltlager, Obdach- und Schutzlosigkeit. Schluss mit willkürlichen Asylverfahren und Schluss mit Arbeitsverbot für AsylwerberInnen. Die Illegalisierung von schutzsuchenden Menschen muss ein Ende haben.

Die Zivilgesellschaft sagt „ Ja“

Die Hilfsbereitschaft der Zivilbevölkerung für Flüchtlinge ist gewachsen. Das zeigt sich in der großen Bereitschaft Privatwohnungen zur Verfügung zu stellen, ehrenamtliche Arbeit zu leisten, Deutschkurse zu organisieren und sich für die Flüchtlinge politisch zu engagieren. Nicht große „Asylgipfel“ sind gefragt sondern großzügige Lösungen. Die Alternative dazu wäre die Barbarei. Auch das ist nicht ausgeschlossen. Bekanntlich haben wir in Europa vor einigen Jahrzehnten bereits eine derartige Barbarei im „Tausendjährigen Reich“ gehabt. Bevor alles komplett aus dem Ruder läuft müssen wir die Wiederholung einer derartigen Katastrophe verhindern.

Die Tugend des Teilens

Platz für Flüchtlinge in Europa, das aufgrund des Geburtenrückganges ständig Angst hat auszusterben, ist genug vorhanden. Reichtum gibt es im Überfluss. Es ist Zeit an die wichtige Tugend des Teilens zu erinnern: teilen kann man/frau alles. Reichtum, Wohnraum, Lohnarbeit, Zuneigung..... Teilen hilft allen: das wäre die moralisch kulturelle Revolution. Wir haben sie notwendig und sie gäbe uns allen Hoffnung.

Die Zusammenfassung wurde von Rainer Klien erstellt